Erscheint wöchentlich.

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal exkl. Bestellgeld. Man abonnirt bei allen Zeitungsspeditionen und Postanstalten, sowie in der Expedition.

Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart, Heusteigstraße 30.

Inserate pro 4spaltige Petitzeile 20 Pf., für Verbandsangehörige 10 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag in Briefmarken beizufügen, andernfalls der Abdruck unterbleibt.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 24. Stuttgart, Sonnabend den 15. Juni 1895. 11. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1) Die durch die Urabstimmung eingetretenen Abänderungen der Bestimmungen im Statut bezüglich der Reise- und Arbeitslosenunterstützung haben es nothwendig gemacht, neben dem Neudruck des Statuts auch die Vorschriften im Mitgliedsbuch und die Eintragrubriken vollständig zu ändern. Hierdurch ist der größte Theil des Inhalts im seitherigen Mitgliedsbuch ungiltig geworden, sobald das neue Statut in Kraft tritt, was mit 1. Juli d. J. geschieht. Wir waren daher gezwungen, ein neues Mitgliedsbuch anzufertigen, das vom 1. Juli ab an Stelle des seitherigen zur Verwendung kommt.

Indem wir sämmtliche Mitglieder hiervon in Kenntniß setzen, machen wir darauf aufmerksam, daß allen am 1. Juli dem Verbande angehörenden Mitgliedern die Zahl der bis dahin geleisteten Beiträge, die Gesammtbeträge der bezogenen Unterstützungen, das Datum der letzten Unterstützungsauszahlung, die Zahl der seit dem Datum der zuletzt erhobenen Unterstützung gezahlten Wochenbeiträge und die seitherige Buchnummer mit dem Datum der Ausfertigung des seitherigen Buches in das neue Mitgliedsbuch eingetragen wird.

Um den Bevollmächtigten eine rasche und zuverlässige Uebertragung der besagten Ausweise in die dafür auf der Rückseite des Titelblattes im neuen Buch vorgesehenen Rubriken, sowie die Ausfertigung desselben überhaupt zu ermöglichen, ist es absolut erforderlich, daß sämmtliche Mitglieder am 29. Juni das jetzige Mitgliedsbuch, unter Begleichung aller eventuell noch restirender Beiträge, an die Stelle abführen, wohin sie als Mitglied zählen. — Nach erfolgter Ausfertigung des neuen Buches erhält jedes Mitglied sein seitheriges Buch mit dem neuen zurück und sind beide Bücher bei Bezug von Unterstützung an der jeweiligen Auszahlestelle in den nächsten zwölf Monaten behufs genauer Kontrolle vorzuweisen. Das seitherige Mitgliedsbuch wird erst nach Ablauf eines Jahres, vom 1. Juli d. J. an gerechnet, für die jetzt dem Verbande angehörenden Mitglieder entbehrlich.

Betreffs der am 1. Juli sich auf der Reise befindlichen Mitglieder wird noch besondere Anweisung erfolgen.

2) Nachdem die an Stelle eines Verbandstags statutarisch festgesetzte Urabstimmung nunmehr beendigt, hat die Mitgliedschaft in Stuttgart, wo der Sitz des Verbandsvorstandes sich befindet, die erforderliche Neuwahl des Verbandsvorstandes (mit Ausnahme des 1. Vorsitzenden, welcher nur vom Verbandstag zu wählen ist) vorgenommen. Gewählt sind:

Fr. Bihl, Kassier,
Joh. Frey,
Heinr. Böttcher,
Friedr. Stork,
Gottfried Schießer,
A. Hofmeister.

(Seither gehörten dem Verbandsvorstand, außer dem 1. Vorsitzenden, an: Fr. Bihl, Fr. Lender, Joh. Frey, Fr. Stork, A. Hofmeister und G. Schießer; somit ist ausgeschieden: Fr. Lender.)

Der Verbandsvorstand.
J. A.: A. Dietrich.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Sonnabend den 8. Juni fand die Neuwahl des Verbands-Ausschusses statt; derselbe hat sich sofort konstituirt und setzt sich zusammen aus den Kollegen:

Julius Günther,
Joseph Goppert,
Fritz Müller,
Heinrich Heinemann,
Friedrich Mehrmann, Geschäftsleiter.

Hannover, den 8. Juni 1895.

Der Ausschuß.
J. A.: Fr. Mehrmann,
Lilienstraße 5 III.

Ein Kongreß der Frommen.

In mehrfacher Hinsicht interessant für die organisirte Arbeiterschaft ist die diesjährige Versammlung des Ausschusses vom Gesammtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands und des Evangelisch-sozialen Kongresses, die vom 4.—6. Juni in Erfurt abgehalten wurde. Es ist selbstverständlich, daß die evangelischen Geistlichen dort dominirten, verdanken doch beide Organisationen ihre Existenz den Bestrebungen derselben in ähnlicher Weise, wie die Kleriker des Katholizismus durch Gesellenvereine und den Katholikenverein die Massen an die Kirche zu fesseln verstanden, dies bei den ihrer Konfession angehörenden Arbeitern zu versuchen.

Im eigenen Lager wie in der Oeffentlichkeit nahm man als gewiß an, daß die zwei nebeneinander laufenden Strömungen aufeinander platzen würden und daß möglicherweise eine Scheidung einträte. Das erstere traf aber nur in sehr bedingtem Maße ein und selbstverständlich entfiel demnach die zweite Möglichkeit. Natürlich war das Karnickel, um das man sich zankte, die Sozialdemokratie. „Pfarrer Weber aus München-Gladbach betont mehr das Entgegentreten, Naumann mehr das Entgegenkommen. Das Gros der Arbeitervereine steht augenblicklich noch auf Seiten Webers. . . .“ Klipp und klar traten die sachlichen Gegensätze bei einem Punkte der neuen Satzungen des Gesammtverbandes hervor. Als Zweck des Gesammtverbandes war in dem Entwurf u. a. der „Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie“ bezeichnet. Schon dieser Ausdruck war das Ergebniß eines Kompromisses. Ursprünglich war allgemein von einem „Kampf gegen die Sozialdemokratie“ die Rede gewesen. Naumann brachte nun formelle Bedenken vor: man dürfe nicht einzelne unzureichende Punkte herausgreifen, sonst komme man zu einer langen Liste. Also durchaus nicht grundsätzlich ist er gegen eine solche Zweckerklärung, es sind lediglich formelle Rücksichten, die ihn leiten. Und schließlich gab er nach, so daß (nach dem Stöckerschen „Volk“) sogar die „Irrlehren“-Konzession gestrichen, dafür aber gesetzt wurde: „Kampf gegen die Sozialdemokratie, aber auch gegen alle arbeiterfeindlichen Bestrebungen.“ Das ist am Ende selbstverständlich, daß jede Partei arbeiterfeindliche Bestrebungen bekämpft — in der Theorie. In der Praxis — je nun, da geht man eben mit den kapitalistischen Arbeiterfeinden durch Dick und Dünn. Aber sehr — gescheit sind die Herren, indem sie den Kampf gegen die Arbeiterpartei ganz offen ansagen.

Naumann, der gewissen Kreisen als Verkörperung aller männlichen Energie erschien — ein Ritter Georg, sollte er den Drachen Kapitalismus erlegen — hat sich geradezu kläglich benommen; sein Muth reichte soweit, daß er schon beim ersten Renkontre sich duckte. Und diesen Mann sah sogar mancher Sozialdemokrat als einen ungewöhnlich willensstarken Menschen an. . . .

Daß Fachorganisationen sich nicht auf konfessionellem Boden gründen lassen, dämmert auch den Herren Pastoren allmälig auf, und so beantragte dem ein Pastor Lorenz, man solle versuchen, eine Annäherung an die pflaumenweichen Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine anzubahnen. Er geht nicht so weit, vom Ausschuß zu verlangen, daß er die Mitglieder zum Eintritte auffordere, vorläufig strebe er nur ein Hand in Hand gehen bei den Wahlen an. Licentiat Weber würde dem Vorschlag nicht abgeneigt sein, wenn sich die Hirsch-Dunkerschen vom Freisinn loslösten. (Zu deutsch heißt das: Die müßten wählen, wie ich will!)

Tapfer, wie die Herren einmal sind, zog der Antragsteller seinen Antrag zurück, und nachdem noch Naumann verlangt hatte, daß eventuell vorher Garantie geboten werden müsse, daß die christlichen Arbeiter entsprechend ihrer Zahl an der Leitung des Gewerkvereins betheiligt werden, wurde die Angelegenheit dem Ausschuß zur weiteren Erwägung überwiesen. Na — hoffentlich kommt was dabei heraus; es wäre doch schön, wenn die Hirsch-Dunkersche Organisation der Streikbrecher — vergl. Knopfarbeiterstreik in Schmölln — auf Pastorenbefehl Zuwachs erhielte. Wie lange freilich Arbeiter sich noch finden werden, die sich solches vorschreiben lassen, das steht auf einem anderen Blatte geschrieben. — Bezeichnend für die Heuchelei, welche von den Pastoren getrieben wird, ist, daß sie die Arbeiter einzufangen suchen für politische Zwecke, während von dieser Seite den wirklichen Arbeiterorganisationen sonst stets zum Vorwurf gemacht wird, sie seien „politisch“. Ja Bauer, die Politik dieser „Arbeiterfreunde“ mußt du treiben, das ist dann ganz was anderes. —

Die eigentlichen Verhandlungen des Kongresses begannen am 5. Juni mit Gebet (voraus war schon ein Festgottesdienst gegangen). Wie der unvermeidliche Professor Adolf Wagner, so ließ auch der Präsident, Landesökonomierath Nobbe eine überschwängliche Lobpreisung der kaiserlichen Botschaft vom 4. Februar 1890 und der offiziellen Sozialreform vom Stapel; natürlich durfte auch das Kaiserhoch nicht fehlen.

Das erste Referat hielt Professor D. Furrer-Zürich über: „Die moderne Naturwissenschaft und die soziale Bewegung der Gegenwart“. Die Diskussion ist interessanter als das Referat. Besonders Licentiat Weber spricht „lichtvoll“ (dies Wort spielte eine große Rolle bei den Dunkelmännern): Es gehe doch nicht ganz nach mathematischen Gesetzen. Die popularisirte Naturwissenschaft sei elender Schwindel und das größte Uebel in der sozialdemokratischen Bewegung. Naumann behauptet, eine sozialdemokratische Ethik sei eine Unmöglichkeit! (Dabei ist sie jetzt schon vorhanden; sie läuft auf das Endziel der besten Religion hinaus: den Menschen opferfähig zu machen. Sind darin etwa die evangelisch-sozialen Kreise überlegen!?) Aber mehr kapirt hat doch dieser Herr; er weiß, daß Naturgesetze nicht ohne Weiteres aufs Gesellschaftsgebilde zu übertragen sind und schiebt eine solche Auffassung auch den Sozialdemokraten nicht zu. Vielleicht liest auch Herr Weber — noch mehr thut's Herrn Stöcker noth — was John Grand Allen, ein Schüler Darwins und Sozialdemokrat, über den „Darwinismus und seine Konsequenzen fürs gesellschaftliche Leben“ geschrieben hat. Verschiedene Redner verlangten eine Reform des Religionsunterrichts; durch diesen würden heute gar zu viele Zweifel in puncto Naturwissenschaft und Religion ausgestreut. Das glauben wir aufs Wort. —

In der Nachmittags-Sitzung referirte Geheimer Regierungsrath von Massow-Potsdam über: „Die sozialen Aufgaben des Staats als Arbeitgeber“. Da wurde gepriesen, daß der Staat jetzt beginnt, Wohnungen zu bauen für „seine“ Arbeiter — und die Arbeiter sind doch herzlich wenig erfreut von dieser Hilfe, die sie blos unter noch ärgere Bevormundung bringt. „Der Staat sollte sich aber mehr auf seine Pflicht gegenüber den Arbeitslosen besinnen. So lange der Arbeitslose kein Gesetz übertritt, überläßt ihn der Staat dem Hungertode. Aber sobald er aus Hunger bettelt, stellt der Staat ihm Nahrung, Wohnung, Kleidung, Geistlichen, Arzt, eine Bibliothek zur Verfügung — im Gefängniß. Aber auch hier wird es besser, der Staat will ja die Verpflegungsstationen übernehmen. Man spricht gar vom Recht auf Arbeit, das kann nicht anerkannt werden.“ Und nun folgt ein langer Phrasenschwall und schließlich drei ellenlange „Leitsätze“. Nicht eine einzige positive Forderung ist in letzteren enthalten (es sei denn, daß man das Wort „angemessene Arbeitszeit“ als solche auffaßt; „angemessen“ sind aber schließlich auch 12 und 14 Stunden), der ganze Kram läuft darauf hinaus, Verpflegungsstationen und Arbeiterkolonien zu gründen. Nette Sozialreform — nicht wahr?

Professor Wagner trieb es freilich noch toller. Er erklärte, eine Lanze für den Fiskus einlegen zu wollen — und das hat er redlich gethan. Die politischen Führer (gemeint sind die Sozi) seien schuld, welche dem Volke gegenüber gewissen Steuerfragen sagen: Haltet die Taschen zu! Wer den Bau von Kriegsschiffen ablehnt, vergrößert die Arbeitslosigkeit. (O, über die professorale Weisheit!) Die rasche Volksvermehrung verursache die Arbeitslosigkeit; Frankreich sei darin besser daran. (Daß dort noch eine große Klasse Kleinbürger und Kleinbauern vorhanden ist, die gerade durch das Zweikindersystem die Volksvermehrung hintanhält, und daß trotzdem fortgesetzt ein hoher Prozentsatz Arbeitsloser vorhanden ist, scheint der gute Mann ganz zu ignoriren.) Schließlich stimmt er noch einen Lobgesang auf die Finanzreform des Ministers und Ex-Kommunisten Miquel an — Alles natürlich unter stürmischem Beifall der Versammlung. Licentiat Weber kehrte endlich zum Thema zurück (der Referent selbst hatte ja über alles Mögliche gesprochen; das war bequemer, als die schauderhafte Behandlung und Entlohnung, die vielfach in Staatsbetrieben herrscht, zu kritisiren) und stellte schlankweg den Satz auf: die Staatsbergwerke des Saargebiets sind die bestgeleiteten und arbeiterfreundlichsten des ganzen Landes!!! Schade blos, daß die betreffenden Arbeiter nichts davon merken; nach Stummschen Praktiken regiert, wagen sie kaum zu mucksen; ihren unschuldigen Rechtsverein, der der Sozialdemokratie so ferne stand, haben die Grubenleitungen zerstört, die Druckerei mußte verkauft werden, der Saal auf dem Bildstock kam unter den Hammer, zu Hunderten wurden die oppositionellen Elemente abgelegt, wirthschaftlich geächtet und ins Exil getrieben; sogar aus den Kasinos, einfachen Konsumvereinen, mußten die Bergarbeiter austreten — und dieser Mann hat die Stirn, öffentlich das höchste Lob darüber auszusprechen!! Nur so weiter, ihr Herren, nur so weiter! Euch wird eine Saat aufgehen, daß euch bange werden wird! — —

Der letzte Verhandlungstag brachte das Referat einer Frau über: „Die soziale Lage der Frauen“. Schon die Thatsache, daß ein weibliches Wesen auf diesem Kongreß sprechen sollte, hatte länger als ein Jahr die Perücken in Bewegung gebracht; eine endlose Preßfehde war — besonders in den „Mittheilungen“ des Kongresses — vor sich gegangen; man hatte im Vorjahre auf der Frankfurter Jahresversammlung darüber debattirt — das Verhalten des erzreaktionären Greifswalder Professors v. Nathusius ist noch in frischer Erinnerung —, dort war den Frauen schließlich auch das Recht zum Reden zugestanden worden, zugleich sprach man aber den Wunsch aus, sie möchten davon keinen Gebrauch machen — jetzt war der große Augenblick gekommen, die Erwartungen aufs Höchste gespannt. Charakteristisch für die Auffassung dieser Kreise ist das Faktum, daß das Stöckersche „Volk“ seinen Bericht beginnt mit einer Beschreibung der Toilette der Rednerin! Die Rednerin selbst — darüber sind die Tageszeitungen einig, darin müssen Freunde und Gegner übereinstimmen — erzielte einen vollständigen Erfolg; selbst die anwesenden Gegner der Frauenbewegung mußten anerkennen, daß ihr Referat weit emporragte über Alles, was auf dem Kongreß gesprochen wurde. Unseren Lesern ist sie nicht unbekannt: die aus der „Hilfe“ übernommenen Artikel über die Lage der Berliner Kartonarbeiterinnen rührten von ihr her.

Frau Gnauck-Kühne ging in der Hauptsache durchaus historisch vor. Ihr Gedankengang ist folgender: Die ökonomische Entwicklung hat einen vollständigen Umschwung in der sozialen Lage der Frau hervorgerufen. Vor Allem ist es die Produktion auf großer Stufenleiter vermittelst Maschinen, welche das Wirthschaftsleben in der Familie veränderte. Vordem fielen der Frau eine Menge Verrichtungen des täglichen Lebens zu, welche ihre Arbeitskraft völlig in Anspruch nahmen. Mit dem Entschwinden dieser Aufgabe wurde ihre Arbeitskraft frei. In den bemittelten Klassen führte das zu dem unthätigen Leben der feinen Dame, die demoralisirt wird unter dem Fluche der mangelnden Pflicht. Das Streben nach der Heirath erscheint in vielen Fällen als der einzige Beruf der Tochter. Der Gesundungsprozeß wird eintreten, sobald man der Frau einen pflichtmäßig zu erfüllenden Beruf giebt. Bei der Theilung der Arbeit ist die Frau mehr als bisher, aber mit Beschränkung und Beziehung auf ihre Natur zu berücksichtigen. Der hervorragendste Beruf der Frau ist unstreitig der der Mutter, der mit dem physiologischen Vorgang (der Geburt) nicht erschöpft ist, sondern seinen Mittelpunkt im Geistesleben hat. Dieser Beruf eignet die Frau zur Kindererziehung, zur Lehrerin, wie zur Krankenpflege, zur Waisen- und Armenpflege u. a. m. Die heutige Erziehung verabsäumt leider jede Vorbereitung der Mädchen auf ihren wichtigsten künftigen Beruf, das Mädchen lernt nichts von dem, was es später unbedingt wissen muß. Nur ein verschwindender Theil erhält den nöthigen hauswirthschaftlichen Unterricht. Im Arbeiterstande müssen keine Vorurtheile fallen, sondern Schranken gezogen werden, um die Frau zu schützen. Mit dem Fortschritt der Arbeitstheilung sank der Werth der körperlichen Arbeitskraft, und da die Frauen gewöhnt waren, ihre Arbeit niedriger geschätzt zu sehen, so stellte der Unternehmer in der Fabrik Frauen an. Die verhängnißvolle Bedürfnißlosigkeit der Frauen hat dazu geführt, daß die männlichen Arbeiter nicht mehr genug verdienen, um allein den Haushalt erhalten zu können. Die Proletarierin kann mitverdienen, das erleichtert die Eheschließung, aber die Frau muß mit in die Fabrik, auch wenn sie bei den Kindern nothwendig ist. Das Familienleben wird geopfert, um ein kleines Plus der unmittelbaren Einnahmen zu erzielen, dem ein fürchterliches geistiges und materielles Minus gegenübersteht. Wenn die Frau aus der Fabrik nach

Hause kommt, muß eine körperliche und geistige Reaktion bei ihr eintreten, welche sie ungeeignet macht, ihre Aufgabe zu erfüllen. Manche Kritiker schieben die Schuld der traurigen Lage den Arbeiterinnen selbst zu — „warum gehen sie in die Fabriken?“ Es giebt 600 000 Fabrikarbeiterinnen in Deutschland — wo die unterbringen? Die billigen Hände sind in der Fabrik begehrt. Andere Kritiker erhoffen Heilung durch staatliche Reform, humane Vorschriften in der Beschäftigung der Arbeiterinnen. Die Aufsichtsbeamten sind aber nicht im Stande, selbst nur die Absichten der Regierung zu verwirklichen. Um die kleinen und kleinsten Betriebe kümmert sich überdies Niemand. Die betreffenden Vorschriften der Gewerbeordnung werden ganz ungenügend durchgeführt. Die Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren ist durchaus nothwendig, ebenso eine viel schärfere Revision. Als untermittelter Eingriff wäre das Verbot der Arbeit verheiratheter Frauen nicht möglich (das ist auch durchaus nicht nöthig; man umgebe nur die Fabrikarbeit — auch die der Männer — mit ausreichenden Schutzmaßregeln. Der Ref.), die erschwerte Eheschließung hätte schlimme Folgen und an Stelle der Fabrikarbeit würde die Heimarbeit treten. Ein zehnstündiger Maximalarbeitstag und Verbot der Ueberzeit, als Vorbereitung energischerer Verkürzung der Arbeitszeit, würde schon eher helfen. Die Arbeiterinnen sind stets zu Ueberstunden bereit — weil sie zu müssen glauben. Eine dritte Gruppe von Kritikern legt den Hauptwerth auf den Weg der Selbsthilfe durch Organisation — also Eintritt der Arbeiterinnen in die Fachvereine ihrer männlichen Kollegen. Zu diesem Zwecke ist nothwendig die Gewährung vollständiger Organisations-Freiheit. Wenn die Arbeiterinnen sich jetzt zusammenthun, um sich selbst zu helfen, so stellt man ihre Berathungen unter die Aufsicht subalterner Beamten, die nach Ermessen die Versammlung auflösen können. Die Hauptsache bliebe die Erhöhung der Löhne der Männer, wodurch die Erwerbsarbeit der verheiratheten Frauen überflüssig würde. Rednerin erwähnt auch das geistige und sittliche Moment der Arbeiterinnenbewegung und schließt unter anhaltendem Beifall mit der Aufforderung an die gebildeten Frauen, sie möchten hier suchen, was sie brauchen: Arbeit, Pflichten und Lebenszweck.

Als Korreferent sprach hierauf Stöcker; seine Rede war echt stöckerisch, d. h. reichlich gespickt mit Bibelversen, unbestimmt und verschwommen, phrasenhaft — ein Eingehen darauf erübrigt sich also. Eine ganze Reihe Redner brachten nicht viel bessere Leistungen, eine Ausnahme macht Professor Pierstorff-Jena, der sich wenigstens klipp und klar äußert und als einziger auch für die Frauen das politische Stimmrecht fordert.

Wer die Zusammensetzung des Kongresses kennt, wird sicher verwundert sein, so vernünftigen Ideen zu begegnen, wie sie von Frau Gnauck-Kühne entwickelt wurden. Man muß zugeben, daß diese Frau ein bedeutendes historisches und ökonomisches Wissen sich angeeignet hat, und daß sie mit anerkennenswerther Entschiedenheit Forderungen aufstellt, welche als Ganzes genommen — mag auch Einzelnes utopisch erscheinen — einen entschiedenen Fortschritt auf der Bahn der Sozialreform bedeuten. Da mußte man erwarten, daß die vorliegenden Anträge — Leitsätze sind dieselben genannt — bestimmte Reformen verlangten auf sozialem und wirthschaftlichem Gebiete, insbesondere auch nach der Richtung einer Erweiterung und Vertiefung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes. Aber nichts von dem. Entsprechend der Gewohnheit des Kongresses, sich durch nichts zu binden, sind dieselben in ihrer ganzen schrecklichen Ausdehnung von solch unbestimmter Fassung, daß man alles Mögliche herauslesen kann. Es ist ganz undenkbar, daß Frau Gnauck sich freiwillig damit begnügt hat; — welch unerhörter moralischer Druck muß da ausgeübt worden sein! Vor jedem die Arbeitersache ernst nehmenden Menschen ist dieser Kongreß gerichtet. Die Frauenfrage wurde nur widerwillig aufgenommen — die Angst vor der Agitation der proletarischen Frauen zwang ihn schließlich dazu. Unter den Staatsarbeitern wird täglich der Zug zur Sozialdemokratie stärker: so behandelte der Kongreß deren Lage. Aber er besteht aus regierungstreuen Männern, so ging's denn nach dem Rezept: Wasch mir den Pelz und mach ihn nicht naß! Der erste Referent sprach sich für die Demokratie aus, und die beiden einzigen, konkreten Forderungen zur Frauenfrage sind durch und durch undemokratischer Natur: Zurückweisung der vollständigen politischen und sozialen Gleichstellung der Frauen mit den Männern und Verleihung eines erhöhten Wahlrechtes an Familienväter, sagen wir kurz: belgisches Wahlsystem. Den Frauen gab man das Recht zum Reden, und gleichzeitig wurde beschlossen, der Vorstand könne nach Belieben damit verfahren. Der Kongreß tritt in einer Resolution ein für die Anerkennung der Berufsvereine und zugleich begeistert er sich für die Ausführungen des Licentiat Weber, der das Verhalten der Saarbrücker Behörden rühmt. Der Forderung nach Vereinsfreiheit wird Beifall geklatscht, und im Reichstag stimmen die berufenen Vertreter gegen diese Forderungen; Hüpeden trat sogar für das Umsturzgesetz ein. Nur so weiter gehandelt, die letzte Spur des Ansehens bei den deutschen Arbeitern wird bald verflogen sein; — wir rufen schon heute: Heuchelei, dein Name ist: Evangelisch-sozialer Kongreß!

***

„Das Wort hat jetzt der Verbandsvorstand.“

Kollege R. Wittrisch in Berlin hat sich der ihm fruchtbar scheinenden Arbeit unterzogen, „die Haltung des Verbandsvorstands“ einer herben Kritik zu unterziehen. Anlaß hierzu giebt ihm die erstmalige Urabstimmung innerhalb des Verbandes; aber nicht nur die Haltung des Verbandsvorstands bei dieser allein, sondern schlechthin zur Gesammtheit aller sich um das jeweilige Interesse der Verbandsmitglieder gruppirenden Fragen ist nach Ansicht des Kollegen Wittrisch „eine verkehrte und unzweckmäßige und darum schädliche“. Und diese Ansicht hat, wie uns in dem Artikel hierüber in voriger Nummer Kollege W. sagt, nicht nur er, seine Anschauungen decken sich mit denen der übrigen Kollegen im Vorstand der Berliner Mitgliedschaft und dürfte auch die Kollegenschaft Berlins allgemein die gleiche Stellung einnehmen. Wir waren natürlich nicht wenig überrascht, plötzlich einen solch schweren Vorwurf öffentlich in der Zeitung gegen uns gerichtet zu sehen; hören zu müssen, daß wir in allen sich um das Interesse der Verbandsmitglieder gruppirenden Fragen eine verkehrte und unzweckmäßige und darum schädliche Haltung einnehmen. Dieser schwere Vorwurf kam ganz unvermittelt, denn weder Kollege Wittrisch noch sonst ein Mitglied hatte vorher verlangt, daß wir zu den der Urabstimmung unterstandenen Anträgen oder zu sonstigen strittigen Fragen der letzten Jahre offiziell als Verbandsleitung im Organ Stellung nehmen sollen. Das sind wir aber uns bewußt: hätten wir bei allen strittigen Fragen unsere Meinung — und wir haben uns eine solche gebildet bei jeder Frage — sofort im Organ zum Ausdruck gebracht, dann wären noch viel schwerere Vorwürfe gegen uns gefallen als die sind, welche ganz unerwartet nun gekommen sind, denn dann würden sich gewiß Stimmen gefunden haben, die das Eingreifen unsererseits als „Beeinflussung“, „Aufnöthigung der Vorstandsansichten“, „Anmaßung“ 2c. 2c., ja selbst als „Diktatur“ bezeichnet hätten. Derartige Ausfälle sind ja schon gegen uns gemacht worden bei strittigen Fragen, wo wir es für absolut nöthig gehalten haben, im Interesse des Verbandes uns unverblümt auszusprechen.

Kollege W. behauptet, daß wir „mehrere Jahre ruhig zugesehen haben, wie in Hamburg ganz offenkundig die grundlegende Bestimmung des Statuts durch die Rückweisung der Kolleginnen gröblich verletzt wurde“. Wir können darauf erwidern, daß, allerdings nicht in der Zeitung, aber durch schriftliche Aeußerungen mehrfach Stellung zu dieser Angelegenheit genommen wurde und daß die Rückäußerungen des Mitgliedschaftsvorstandes in Hamburg eine gröbliche Verletzung des Statuts nicht erkennen ließen. Die Ursache, warum es mit der Aufnahme der Kolleginnen in Hamburg nicht vorwärts gehen wollte, lag hauptsächlich daran, weil daselbst ein Verein der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe besteht. Mit demselben wurden längere Zeit Verhandlungen gepflogen behufs Auflösung desselben und Eintritt der Mitglieder in unsern Verband. Nachdem schließlich eine endgiltige Lösung der Angelegenheit nicht im Sinne der Verhandlungen herbeizuführen war, hat die Mitgliedschaft Hamburg jede Rücksicht auf den lokalen Verein fallen lassen und die Aufnahme der Arbeiterinnen entsprechend der Bestimmungen des Statuts vollzogen. Beweis hiefür ist der Aufruf in Nummer 22 der „Buchbinder-Zeitung“. Ob die Rücksichten gegenüber dem lokalen Verein nicht zu weit gingen und ob nicht schon bälder so wie jetzt hätte in Hamburg verfahren werden können, wollen wir ununtersucht lassen an dieser Stelle, aber in Anbetracht der Sachlage am Ort und unter Berücksichtigung der örtlichen Hindernisse konnte von uns aus der Mitgliedschaft eine Statutverletzung nicht nachgewiesen werden, wir hatten deshalb auch keine Veranlassung, im Organ gegen die Mitgliedschaft in Hamburg rügend vorzugehen. Demoralisirenden Eindruck würde ein Hinwegsetzen über die wesentlichste Bestimmung des Verbandes machen, sofern von der Verbandsleitung nicht dagegen eingegriffen würde; letztere kann aber nur dann energisch eingreifen, wenn der Wille zur Beachtung der Bestimmungen fehlt, das ist aber nicht bei der Hamburger Mitgliedschaft zutreffend.

Unser Grundsatz war es von jeher, bei Anträgen zu den Verbandstagen nicht von vornherein eine bestimmte Stellung im Organ zu den einzelnen Anträgen einzunehmen, um erstens seitens der Antragsteller nicht der Beeinflussung der Verbandsmitglieder zu Ungunsten ihrer Anträge eventuell geziehen werden zu können, zweitens, um allen Mitgliedern eine gewisse Selbständigkeit bei Prüfung der einzelnen Anträge anzugewöhnen. Das letztere halten wir umsomehr für nothwendig, weil nur mit immer weiterer Erstarkung des Gefühls der Selbständigkeit und des Bewußtseins eigener Beurtheilungsfähigkeit ein kräftiger zielbewußter Stamm einer Organisation geschaffen und für die allgemeine Arbeiterbewegung nützlich wirkend werden kann. Erst bei den Debatten auf den Verbandstagen haben die Vertreter des Verbandsvorstandes sich zu den einzelnen Anträgen geäußert und wenn das Interesse des Verbandes durch einen oder den anderen Antrag gefährdet schien, auch kräftig ihre Ansichten vertreten. Die vorhergegangene passive Haltung ist aber noch nie dem Verbandsvorstand zum Vorwurf gemacht worden. Sollten wir nun bei der erstmaligen Urabstimmung, die an die Stelle eines Verbandstages in diesem Jahre getreten ist, anders handeln?

Gewiß! hören wir diejenigen Mitglieder antworten, welche das Ergebniß der Urabstimmung nicht befriedigt hat. Auch Kollege Wittrisch macht uns zum Vorwurf, daß wir nicht vor der Abstimmung zu den einzelnen Anträgen uns geäußert haben. Nun ist es aber eine alte Erfahrung, daß jeder Antragsteller von dem Werth seines Antrages so überzeugt ist, daß er sehr leicht zu der Meinung neigt, wenn derselbe abgelehnt wird, es sei ein Fehler gewesen diese Ablehnung, und wenn nun gar der Vorstand sich auch noch schon von vornherein absprechend dem Antrage gegenüberstellte, dann ist selbstverständlich nur dieser böse Vorstand an der Ablehnung schuld und er muß der Sündenbock sein, wenn nicht gar der Vorsitzende herausgegriffen und als „Diktator“ in der abschreckendsten Weise hingestellt wird.

Nun müssen wir aber die Urabstimmung doch unter allen Umständen als das nehmen was sie sein soll: Als eine rein demokratische Einrichtung, wo jedem Mitgliede die Möglichkeit gegeben ist, durch seine Stimme für oder gegen die einzelnen vorliegenden Anträge aus der Mitte der Organisation oder von den Verwaltungskörpern sich selbständig in der Beurtheilungsfähigkeit zu zeigen. Das schließt natürlich nicht aus, daß Belehrungen über den Werth und Beurtheilungen der der Abstimmung unterstellten Anträge nicht vorausgehen dürften. Hätte ein Mitglied das eine oder andere seitens des Verbandsvorstandes für nothwendig oder nützlich erachtet und eine darauf bezügliche Aeußerung im Verbandsorgan laut werden lassen, dann würden wir anstandslos auch mit in die Debatten vor der Abstimmung eingegriffen haben; so haben wir es jedoch für korrekter gehalten, von unserem seitherigen Grundsatze nicht abzuweichen. Ob das ein Fehler ist und einen Vorwurf verdient, mögen die Mitglieder beurtheilen.

Kollege W. weist darauf hin, daß der angenommene Antrag von Hamburg, das Lehrlingswesen betreffend, nicht für Berlin durchführbar ist. Wir sind überzeugt, daß das nicht nur für Berlin, sondern für die meisten großen Städte zutrifft, indem es da rein unmöglich sein wird, eine derartig genaue Statistik und Kontrolle führen zu können. Aber sollte sich das nicht von selbst den sich an der Abstimmung betheiligten Mitgliedern aufgedrängt haben? Der Antrag ist ganz gut gemeint, ein Versuch kann auch nicht schaden, nachdem der Antrag angenommen ist; die Erfahrung wird auch hier die beste Lehrmeisterin sein, und da sind wir ja, auch ohne vorhergegangene Gegenäußerung, mit Kollege W. ganz einig, daß ein Vorgehen in der bezeichneten Richtung „als empfehlenswerth“ erscheint. Wir hätten vorher nichts weiter thun können als was wir jetzt thun: Die Ausführung des Antrags als eines Versuches werth anzusehen. Hätten wir uns vor der Abstimmung so geäußert, so wäre der Antrag wahrscheinlich auch nicht abgelehnt worden.

Der weiter angenommene Antrag, der von Kollege W. kritisirt wird, betrifft die Berufung öffentlicher Versammlungen. Obwohl es Pflicht jeder Mitgliedschaft ist, für Abhaltung öffentlicher Agitationsversammlungen besorgt zu sein, und obwohl die Gauvorstände die Betreibung der Agitation im Statut zugewiesen bekommen haben, so wird doch vielfach dem nicht nachgekommen. Wenn der angenommene Antrag aufs Neue eine Verpflichtung hierzu giebt, so kann auch das ohne Einwand hingenommen werden. Die Mitgliedschaften und Gauvorstände, welche nach dieser Seite hin ihre Pflicht erfüllen, und dazu gehört besonders Berlin, können einen Fehler in der Annahme des Antrages nicht finden und für die anderen ist es eine Pflichtermahnung.

Wir haben Statutverletzungen noch nie ungerügt hingehen lassen, und wenn lokale Besonderheiten nicht schädlich für die Organisation wirken, da halten wir uns nicht für befugt, ein Veto dagegen einzulegen.

Der dritte Tadel betrifft den Mangel einer ausführlichen Darstellung der Unterstützungssummen in ihrem Verhältniß zu den Karenzzeiten und bei den Mitgliedern ausländischer Vereine. Wir müssen gestehen, daß eine genaue Abgrenzung zu treffen uns bisher rein unmöglich war. Es werden fortgesetzt an vielen Mitgliedschaftsorten bei Abgabe der Legitimationen und bei Auszahlung der Unterstützungen so viele Fehler gemacht, daß eine genaue Kontrolle unsererseits und eine scharfe Abgrenzung der Beträge, wie sie auf die verschiedenen Karenzzeiten entfallen, bis jetzt undurchführbar ist. Alle Versuche, eine Ordnung nach dieser Seite zu schaffen, scheiterten an der unbegreiflichen Hartnäckigkeit eines Theils der mit der Ausstellung der Legitimationen und der Abgabe der Unterstützung betrauten Personen, fortgesetzt Fehler zu machen. Darüber können ja besonders auch die amtirenden Kollegen in Berlin ein Liedlein singen, was für Fehler vorkommen, denn es wurden mehrfach von dorten darauf bezügliche Klagen bei uns geführt. Wie oft haben wir es zu rügen, daß bei Ausstellung der Legitimation bei noch nicht 26wöchentlicher Mitgliedsdauer und Beitragsleistung eine weiße Legitimation ausgestellt wird und die nachfolgenden Auszahler, ohne eine Kontrolle mit dem Mitgliedsbuch vorzunehmen, die volle Unterstützung dann verabfolgen. Nicht selten ist zu rügen, daß nach vorhergegangenem Bezug von Unterstützung und nach längerer

---

Emmy, Mimi und der Kasten.

Von H. H.

Unser Steamer machte von Südamerika aus seine Rückfahrt nach Europa.

Die den Tropen eigenthümlichen starken Nachtniederschläge wogten noch als leichte Nebelmasse auf dem Wasser. Doch eine kurze Zeit später und alles ringsumher bot sich in entzückender Reinheit, umwölbt von einem tiefblauen, nicht von dem kleinsten Wölkchen getrübten Himmel, aus dem die Sonne ihre Strahlen auf die weite, weite Wasserfläche niedersandte. In das spiegelglatte, azurblaue Wasser konnte man bis in scheinbar unendliche Tiefe hineinsehen. Ringsum tiefe Stille, die majestätische Ruhe des riesigen Weltmeeres, nur unterbrochen durch das das Wasser durchschneidende Vordertheil unseres Schiffes und die dadurch aufgeschreckten Schwärme fliegender Fische, welche in wilder Flucht dahinschwirrten.

Nebst ziemlich vollständiger Fracht befanden sich auch einige Passagiere an Bord, unter ihnen eine Familie, bestehend aus einem Deutschen, einer Portugiesin, seiner Frau, und dem einzigen Kinde „Mimi“. Er war seiner Zeit mit leeren Taschen hinübergekommen, hatte es aber verstanden, sich mit Hilfe fremden Kapitals in einem Küstenplatz Brasiliens zum wohlhabenden Manne aufzuschwingen. Sie war eine kleine, runde, recht bequeme Dame, im sonnigen Brasilien geboren und großgezogen. Das Kind hatte weiter keine erwähnenswerthe Geistesvorzüge, es bildete ein Mittelding des erwähnten Ehepaares nach der alten Regel: der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Der von dieser Familie auserkorene Name war Hunth, nicht zu verwechseln mit „Hund“, wenn auch betreffs der Aussprache dieses altehrwürdigen Namens keine Vorschriften weiter gemacht werden sollen.

Sie, Frau Emmy, schien für mich, der ich damals erste Offiziersdienste versah, besondere Vorliebe gefaßt zu haben. Mit großer Vorliebe erzählte sie mir von ihrem Gemahl, über seine Unternehmungen und sein riesiges Vermögen, welches er aus denselben gewonnen; dann wieder mußte ich ihr über Lissabon erzählen und über Gebräuche und Sitten im Mutterlande Portugal berichten. So erfuhr ich denn auch eines Tages während meiner Freizeit, als wir gemüthlich an Deck saßen, daß ihr Mann sein ganzes zur Zeit benutztes Vermögen in Form von Metallgeld bei sich habe, statt es in Wechseln oder sonstiger bequemerer Art und Weise mit sich zu führen. Ja, Emmy machte mich sogar so weit zu ihrem Vertrauten, daß sie mir im Verlaufe unserer Reise erzählte, dieses wohlgezählte Kapital läge in einem sicher verschlossenen Kasten stets an einem bestimmten Platze unter ihres Gatten Bett, mit Argusaugen bewacht von der gesammten Familie Hunth! Weiter erzählte sie, allerdings mit beträchtlich gesenkter Stimme, daß ihr Herr und Gemahl eine begreifliche Vorliebe für besagten Kasten habe und in Folge dessen täglich sein mühsam erworbenes Vermögen höchst eigenhändig nachzähle, denn er dachte jedenfalls und mit Recht, wie sich nicht bestreiten läßt: „Sicher ist sicher“, oder in plattdeutscher Denkungsart: „Hebben is hebben und kriegen is ne Kunst“.

Papa Hunth war einer jener glücklichen Sterblichen, welche sozusagen durch blinden Zufall vom Bettler zum reichen Mann geworden. Von Profession Eisengießer, hatte er einen vermögenden Geschäfts- und Gesinnungsgenossen zu veranlassen gewußt, eine Eisengießerei an der Küste Brasiliens einzurichten. Das Unternehmen war wider Erwarten vom besten Glück begünstigt, in wenigen Jahren war der arme Hunth zum fabelhaft reichen Hunth geworden.

Demgemäß war nun natürlich auch sein Auftreten. In jeder Weise that er herablassend, besonders gegen seine deutschen Landsleute unter unserer Schiffsbesatzung, fragte nach ihrem Verdienst, nach ihren Familien u. s. w. Auch theilte er hin und wieder wohl eine Zigarre, eine Flasche Bier u. dergl. aus und spielte überhaupt, wo sich nur Gelegenheit bot, den Mildthätigen, wie er sich besser und wohlmeinender nicht leicht gedacht werden konnte. —

Nach den Schiffsvorschriften hatte der Kapitän auf jeder Reise ein sogenanntes Bootsmanöver zu machen. Ein solches Manöver besteht in dem Ausschwingen der Rettungsboote, zu welchem Akt natürlich das ganze Schiffspersonal anwesend sein muß. Zur Anspornung der Leute wurde Denen, welche ihr Boot zuerst auf dem Wasser hatten, regelmäßig ein Faß Bier ausgehändigt, eine Methode, welche nie die richtige Wirkung verfehlte, insofern als Jeder sich bis zum Aeußersten anstrengte, um sich für seine Gruppe den Genuß des edlen Gerstensaftes zu sichern.

Da nun bei Vornahme dieses Manövers auf hoher See oft Unglücksfälle vorkommen, hatte unser Kapitän es sich zur Regel gemacht, besagte Uebung kurz nach Auslaufen aus oder vor Einlaufen in einen Hafen vornehmen zu lassen. Auch auf dieser Reise mußte das unvermeidliche Bootsmanöver absolvirt werden und hatte mir der Kapitän zuvor Auftrag gegeben, dasselbe früh am nächsten Morgen vorzunehmen. Zugleich hatte er noch nachdrücklich hinzugefügt, den Passagieren gegenüber nichts darüber verlauten zu lassen, da erfahrungsgemäß besonders die so leicht erregten Angehörigen des zarten Geschlechts Angesichts des unvermeidlichen Rennens und Treibens der Mannschaft bei solcher Arbeit glauben, ihr letztes Stündlein sei gekommen und daher unter Umständen nichts Eiligeres zu thun wissen, als ihr „sweet life“ in einem der Rettungsboote zu sichern. Wie toll und blind hätte sich Groß und Klein, Alt und Jung auf die Rettungsboote gestürzt, wie dies thatsächlich vorgekommen war, als wir Anfangs diese Manöver in den vorgerückten Tagesstunden vornahmen. Wie sehr solche Vorkommnisse bei einem solchen Manöver hinderlich sein mußten, ist leicht erklärlich, da Jeder denkt, angesteckt durch die Unruhe seines Nachbars, für sein Leben kämpfen zu müssen. Um solchen Eventualitäten und ihren Folgen aus dem Wege zu gehen, ließ unser Kapitän, oder wie es in plattdeutscher Mundart heißt „Kaptein“, besagtes Manöver nur noch in den frühen Morgenstunden vornehmen, wenn anzunehmen war, daß unsere Passagiere sich noch sanft in Morpheus Armen wiegten.

(Schluß folgt.)

als vierwöchentlicher Arbeit bei Wiederantritt der Reise aufs Neue Legitimation gegeben und sogar von vorn an wieder mit der Auszahlung der Unterstützung begonnen wird, ohne auch nur auf den schon bezogenen Betrag Rücksicht zu nehmen. Ja, es ist sogar schon wiederholt vorgekommen, daß ein auf der Reise befindliches Mitglied, das, weil noch nicht 26 Wochen Mitgliedsdauer mit dito Beitragsleistung vorhanden, eine grüne Legitimation mit Recht erhalten hatte, während der Reisedauer an irgend einem Mitgliedschaftsort jedoch ganz willkürlich eine weiße Legitimation bekam, weil das betreffende Mitglied nun unterdessen 26 Wochen der Organisation angehörte. Zu den Seltenheiten ist es auch nicht zu rechnen, daß, wenn ein Mitglied mit 13 bis 26 Wochen Beitragsleistung auf die Reise geht, für vielleicht 800 Kilometer Unterstützung auf die grüne Legitimation bezieht, wieder bis 3 Wochen arbeitet, hierauf den Restbetrag bis zu 1000 Kilometer erhebt, dann 13 Wochen steuert und aufs Neue auf die Wanderschaft muß, der erste Aussteller kurzweg eine weiße Legitimation giebt und die ferneren Auszahler „frisch, fromm, fröhlich, frei" die volle Unterstützung so lange zahlen, bis ein aufmerksamer Funktionär endlich die Entdeckung macht, daß dem reisenden Mitglied nur grüne Legitimation und die Hälfte des Unterstützungsbetrages gehört, denn derselbe hatte ja nach Bezug von Unterstützung nur 13, aber noch nicht 26 Wochen wieder Beiträge geleistet. Selbst vorausbezahlte Beiträge werden als Mitgliedsdauer manches Mal angerechnet, wie erst kürzlich vom Auszahler in Hannover bei einer in Altenburg ausgestellten Legitimation wieder nachgewiesen werden konnte. In Hamburg ist am 30. März einem Mitglied nach zweiwöchentlicher Mitgliedsdauer eine Legitimation ausgestellt worden. Ein Mitglied W. B. erhielt Anfang des vorigen Jahres nach zwölfwöchentlicher Beitragsleistung für 522 Kilometer 10,44 Mk., zahlte dann 31 Wochen und erhob wieder für 492 Kilometer 12,32 Mk., zahlte hierauf nur neun Wochenbeiträge und bekam in Dortmund aufs Neue Legitimation und sogar für volle Unterstützung, mit der das Mitglied in Elberfeld für 44 Kilometer 1,10 Mk., in Düsseldorf für 30 Kilometer 0,75 Mk., in Ruhrort für 30 Kilometer 0,75 Mk. und in Bielefeld für 120 Kilometer 2,40 Mk. bezog, bis in Hannover der Fehler bemerkt wurde. — Das sind nur einige wenige Nachweise von vielen Fehlern, die aber gewiß erkennen lassen, daß eine genaue Abgrenzung und eine zuverlässige Berechnung, wie viel in einer bestimmten Zeit an Reiseunterstützung bei 13- bis 25wöchentlicher Mitgliedsdauer mit gleicher Beitragsleistung, und wie viel desgleichen bei 26wöchentlicher ausgezahlt wurde, bezw. benöthigt war, und wie hoch der Prozentsatz der reisenden Kollegen mit einer Verbandszugehörigkeit von 13 bis 25 Wochen u. s. w. ist, nicht ermöglicht werden kann. — Ja, es läßt sich nicht einmal ganz zuverlässig sagen, wie hoch die Kasse durch die Unterstützung an Mitglieder ausländischer Vereine belastet wurde, weil auch hier nicht immer die richtige Legitimation, wie vorgeschrieben, zur Verwendung kam und somit auch die Kontrolle eine äußerst schwierige ist. Somit war es uns nur möglich, die Gesammtbeträge an Reise- und desgleichen an Arbeitslosenunterstützung in den Abrechnungen aufzuführen. Um aber allen Mitgliedern einigermaßen die Beurtheilung der Anträge, die Unterstützungseinrichtungen betreffend, leichter zu machen, haben wir in Nummer 48 des Organs v. J. ersucht, sofort nach dem 1. Dezember dem Verbandskassirer seitens der mit den Kassengeschäften betrauten Bevollmächtigten bekannt zu geben, wie hoch sich die Beträge an ausgezahlter Unterstützung in den Monaten Oktober und November, sowohl an Reiseunterstützung wie an Arbeitslosenunterstützung, belaufen. Die Bekanntmachung des Ergebnisses in Nummer 51 des Organs ist nun sehr dürftig ausgefallen, da hat Kollege Wittrisch unsere Zustimmung, aber daß sie dürftig ist, liegt doch nicht an uns, sondern an den Bevollmächtigten, die dem dringenden Ersuchen nicht rechtzeitig nachkamen; hatten doch nicht weniger als 20 Orte das Ergebniß nicht mitgetheilt, darunter auch Berlin, wo die zur Auszahlung gelangenden Beträge gewiß nicht unbedeutend sind. Speziell bei der Arbeitslosenunterstützung wären die Angaben damals sehr wichtig gewesen, da diese erst im Monat Juni v. J. begann und wir somit nur von da ab bis September im Besitz der Abrechnungen waren, die in Nummer 51 veröffentlicht wurden.

Es kann uns nun entgegnet werden, daß eine einigermaßen übersichtliche Abgrenzung trotz den in Vorstehendem geschilderten Erschwerungen immerhin möglich wäre. Wir sagen: Ja! Aber dann wäre in erster Linie erforderlich, speziell zur Führung einer Stammrolle und zur Kontrollirung der Belege für Unterstützungsauszahlung behufs genauer Feststellung der von Kollege Wittrisch erwarteten Nachweise, einen Hilfsbeamten anzustellen. Wer einigermaßen einen Einblick in die Geschäftsthätigkeit und den Umfang der Arbeiten bei einem Verbande von Einzelmitgliedern in der Ausdehnung und mit Unterstützungseinrichtungen wie unsere Organisation hat, der wird uns zustimmen müssen, wenn wir sagen, daß allein zur Bewältigung der eben bezeichneten Arbeiten die volle Kraft eines Mannes gebraucht würde. Da bis jetzt nur der Vorsitzende, welcher zugleich die Redaktions- und Expeditionsgeschäfte der Zeitung mit den laufenden Verbandsgeschäften zu besorgen hat, im Verbandsbureau dauernd thätig sein kann und ihm nur für 16 bis 20 Stunden pro Woche eine Hilfskraft beigegeben ist, die aber vorwiegend mit Expeditionsarbeiten beschäftigt ist, so läßt sich ohne weitere Hilfe auch weitere Arbeit nicht bewältigen. Der Verbandskassirer hat mit seinen Kassengeschäften, die ihm neben seiner täglichen Berufsthätigkeit übergenug Arbeit machen, die Zeit so in Anspruch genommen, daß auch ihm eine weitere Arbeit nicht aufgebürdet werden kann.

Kollege W. hat also richtig vermuthet, daß der Verbandsvorstand weiteres zahlenmäßiges Material als schon veröffentlicht nicht besitzt, daß auch bei uns nichts vorhanden war, was als Unterlage der auf Abänderung der Kilometerberechnung in Tagegelder gestellten Anträge dienen konnte. Trotzdem halten wir aber die beschlossenen Abänderungen nicht für nachtheilig. In erster Linie kann es nur vortheilhaft sein, daß die Karenzzeit von 13 auf 26 Wochen erhöht wurde. Einestheils können die für die Zeit von 13 bis einschließlich 25 Wochen Mitgliedsdauer und Beitragsleistung fernerhin ersparten Unterstützungsbeträge als Ausgleich der durch Fortzahlung der Unterstützung bis zum Gesammtbetrag von 15 Mk. bei 26- bis 52wöchentlicher Mitgliedsdauer und Beitragsleistung erhöhten Ausgaben dienen, andererseits werden wir weniger unsichere Mitglieder fernerhin aufzuweisen haben, die nur beitreten, wenn ihnen in Aussicht steht, bald arbeitslos zu werden, um mit knapp 13 Wochen die Unterstützung zu beanspruchen und dann nach Bezug derselben so lange zu verschwinden, bis sie die Erwartung eines persönlichen Vortheils wieder zum Eintritt veranlaßt. Wir haben auch nach dieser Seite hin genügende Erfahrungen gesammelt und sind überzeugt, daß die Verlängerung der Karenzzeit den Mitgliederbestand mehr festigt und der Hauptzweck des Verbandes dadurch mehr zur Geltung kommt, indem nicht die Aussicht, schon nach kurzer Zeit Unterstützung zu bekommen, die treibende Kraft zum Beitritt sein wird, sondern die Erkenntniß der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens. Durch die Einführung der Tagegelder statt der Kilometerberechnung wird die Klage der vielen Verfehlungen nicht mehr eine ständige Rubrik bilden. Jedes männliche Mitglied, das arbeitslos wird nach 26wöchentlicher Mitgliedsdauer, und jeder Auszahler weiß, daß die tägliche Unterstützung sowohl auf der Reise wie am Wohnorte nicht mehr als höchstens 50 Pf. betragen darf und daß sie aufhört, sobald die Gesammtunterstützung den Betrag von 15 Mk. erreicht hat. Das gleiche ist der Fall bei den nach 52wöchentlicher Mitgliedsdauer und gleich langer Beitragsleistung arbeitslos werdenden Mitgliedern. Die männlichen Mitglieder erhalten dann höchstens 75 Pf. bis zum Gesammtbetrag von 30 Mk., die weiblichen Mitglieder täglich 50 Pf. bis zum Gesammtbetrag von 15 Mk. Ist dieser Betrag erhoben, dann ist die Karenzzeit einfach wieder durchzumachen, um von vorn an die jeweilige Unterstützung erwarten zu können. Das ist eine einfache und leicht verständliche Regel, was ein Vorzug gegenüber seither bedeutet.

Wenn eine Verkürzung der Karenzzeit von 60 Wochen auf 52 Wochen eingetreten ist, so ist andererseits auch die tägliche Unterstützung bei männlichen Mitgliedern ermäßigt; allerdings bleibt die Höhe des Gesammtbetrages wie seither, es verlängert sich aber dadurch die Unterstützungsdauer, was einestheils für den Arbeitslosen nicht unwesentlich ist, wenn er das Unglück hat, längere Zeit ohne Arbeit zu sein, andernthels bei nicht langer Arbeitslosigkeit des Einzelnen für die Kasse aber eine Ersparniß darstellt. — Die weiblichen Mitglieder haben seither nach 60wöchentlicher Beitragsleistung und mindestens gleich langer Mitgliedsdauer täglich 50 Pf. am Orte erhalten, wenn sie arbeitslos wurden; der gleiche Betrag ist jetzt im neuen Statut vorgesehen bei 52 Wochen. Das ist eine größere Vergünstigung, die sich noch ansehnlich steigert, wenn man in Erwägung zieht, daß der Beitrag pro Woche von 15 Pf. auf 10 Pf. ermäßigt wurde. Ob das Letztere im Interesse des Verbandes gelegen hat! Darüber läßt sich streiten. Die in Berlin sich an der Abstimmung betheiligten Mitglieder haben die Ermäßigung jedenfalls für im Interesse des Verbandes liegend gehalten, sonst hätten sie nicht in so großer Zahl dafür gestimmt.

Der angenommene Antrag zu § 43 des Statuts hat insofern eine wesentliche Abänderung gebracht, als seither Gemaßregelte eine vom Verbandsvorstand zu bestimmende Unterstützung bekommen konnten, die sich nach den jeweiligen Verhältnissen der Gemaßregelten und der Kasse richtete. Jetzt heißt es im Statut vom 1. Juli ab im Sinne nach kurzweg: „Die Gemaßregelten erhalten vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an die volle Reise- oder Arbeitslosenunterstützung; bestimmend hierfür ist die örtliche Verwaltungsstelle." Kollege Wittrisch tadelt uns, daß wir auch hierzu geschwiegen. Was sollten wir aber dazu oder dagegen sagen? Würde es nicht vielfach so ausgelegt worden sein, wenn wir für Beibehaltung der seitherigen Bestimmung vor der Abstimmung offiziell eingetreten wären, daß wir Furcht hätten, es könnte uns eines unserer Rechte genommen werden! Das ist unsere Ansicht, daß eine Veranlassung zu einer solchen Aenderung nicht durch unsere seitherige, auf Grund des Statuts und seines uns gewährten Rechts geübte Praxis gegeben war. Wir haben noch nie die Unterstützung eines Gemaßregelten abgewiesen. Im Gegentheil, die durch ihre Thätigkeit für den Verband arbeitslos gewordenen Mitglieder wurden stets, nach eingetroffener Information seitens der jeweiligen Mitgliedschaftsverwaltung, höher unterstützt als solchen Mitgliedern durch die neue Bestimmung nun in Aussicht steht. Vom 1. Juli ab kann bei solchen Fällen einfach nur noch der bei sonstiger Arbeitslosigkeit vorgesehene Unterstützungsbetrag gezahlt werden. Das haben mit ihrer Abstimmung die Mitglieder selbst gethan. Die Verbandskasse kommt dadurch nicht in Nachtheil, wohl aber die davon betroffenen Mitglieder. — Den Antragstellern scheint übrigens die Unterstützung bei einem eventuellen Streik als einer Regelung bedürftig vorgeschwebt zu haben. Dabei ist aber ganz übersehen worden, daß, wenn ein Streik unter Zustimmung der Verbandsleitung und somit auf Verbandskosten geführt wird, es als selbstverständlich erscheint, daß den dabei Betheiligten im Interesse einer guten Durchführung auch Unterstützung gezahlt wird, unbeirrt, ob ein Mitglied eine Woche oder ein Jahr der Organisation angehört. Es kann in solchem Falle zweckmäßig erscheinen, auch an Nichtmitglieder Unterstützung zu gewähren; hierüber kann aber, selbst nach der neuen Bestimmung, die örtliche Verwaltungsstelle nicht entscheiden, ja es wird im Allgemeinen sich bei Streiks nicht im Voraus die Unterstützungshöhe bindend festsetzen lassen, da kommt Alles auf die jeweiligen Verhältnisse an. Es bleibt somit der örtlichen Verwaltungsstelle nur zu entscheiden übrig, nach vorhergegangener genauer Prüfung des Falles, ob ein sich als gemaßregelt gemeldetes Mitglied auch wirklich gemaßregelt ist; trifft das zu, so erhält das Mitglied vom ersten Tage ab Arbeitslosenunterstützung, unbeirrt wie lange es dem Verbande angehört. Seither wurde das Gutachten der in Betracht kommenden Mitgliedschaftsverwaltung selbstverständlich auch von uns gewürdigt, die Gemaßregelten konnten aber höhere Unterstützung bekommen; vom 1. Juli ab bestimmt die örtliche Verwaltung, ob ein vorliegender Unterstützungsantrag als unter die Bestimmung des § 43 fallend zu betrachten ist, und trifft das zu, dann erhält das betreffende Mitglied höchstens 75 Pf. pro Tag und bis zum Gesammtbetrag von höchstens 30 Mark aus der Verbandskasse, alles was weiter als dieser Betrag eventuell gezahlt wird, geht auf Rechnung der Mitglieder am Orte selbst, mit anderen Worten: muß aus lokalen Mitteln gedeckt werden. Das ist die Quintessenz des neuen § 43.

Verhängnißvoll für den Verband kann nach unserem Dafürhalten keiner der angenommenen Anträge werden und bei den abgelehnten waren auch keine von solcher Tragweite. Würden irgendwie Gefahren für den Verband in dem einen oder anderen Antrag nach unserer Beobachtung zu finden gewesen sein, so hätten wir es unter allen Umständen als unsere Pflicht erachtet, warnend vor die Mitglieder vor der Abstimmung zu treten. So mußten wir, da ja von keiner Seite vor der Abstimmung nach unseren Erfahrungen gefragt wurde behufs öffentlicher Aeußerung, und weil wir den Vorwurf einer Beeinflussung nicht auf uns laden wollten, auf den gesunden Sinn der Mitglieder bauen, der das Richtige finden werde. Manches hätten auch wir anders gewünscht, als es die Urabstimmung ergeben hat, aber dafür wurde ja die Urabstimmung eingeführt, daß der Wille der Mitglieder zur Geltung kommt. Daß die Mehrheit der Mitglieder von diesem ihrem Rechte keinen Gebrauch gemacht hat, ist sehr bedauerlich, denn das Ergebniß der Abstimmung ist dadurch nur der Willensausdruck eines kleineren Theiles, und damit auch der Hauptzweck einer Urabstimmung, die Selbstentscheidung jedes Mitgliedes, nicht erreicht. — Wenn also ein Vorwurf zu machen ist, so kann derselbe nur die Mitglieder treffen, die sich gleichgiltig bei dieser ersten Urabstimmung gezeigt haben, — nicht aber uns, die wir durch passives Verhalten bestrebt waren, die Beurtheilungsfähigkeit und den Willen eines jeden Mitgliedes voll zur Geltung kommen zu lassen. Wenn eine Lehre aus der zu Tage getretenen geringen Theilnahme an dieser neuen, aber sehr wichtigen Einrichtung zu ziehen ist, so wird es die sein, daß sich eine Urabstimmung noch nicht leicht für Alles anwenden läßt, sondern daß es nothwendig ist, eine gewisse Abgrenzung zu treffen, vielleicht in der Weise, daß alle das Statut betreffende Anträge durch den Verbandsvorstand oder den Ausschuß zusammenzustellen und ihrer Tendenz nach in zwei für sich abgegrenzten Vorlagen der Urabstimmung zu unterstellen sind. Es hätten dann die Mitglieder fernerhin nicht mehr mit einer Unmasse in ihrem Inhalt ähnelnder, aber doch selbständiger Anträge zu rechnen, bei denen es oft schwer ist, sich für den einen oder den anderen Antrag zu entscheiden, sondern nur mit zwei zusammengestellten Vorlagen, von denen jede ein Ganzes bildet. — Dieser Gedanke dürfte vielleicht seitens der Mitglieder einer Prüfung werth sein.

Wir hatten beabsichtigt, sobald die durch die Ergebnisse der Urabstimmung uns gewordenen neuen, vielen und dringenden Arbeiten einigermaßen bewältigt sind, unsere Ansichten über die durch die Abstimmung geschaffenen Aenderungen, und unsere Erfahrungen, die wir bei der ersten Urabstimmung gewonnen haben, öffentlich im Organ den Mitgliedern vorzuführen. Kollege Wittrisch hat durch seine Vorwürfe uns zu rascherer Aeußerung veranlaßt, und wir sind ihm sogar dankbar, daß er uns damit auch die Möglichkeit gegeben hat, manches mit anzuführen, was wir sonst aus leicht begreiflichen Gründen nicht von selbst thun konnten. So ist es z. B. eine Thatsache, daß es Mitglieder giebt, die — angesteckt von das Wesen einer Zentralisation nicht begreifen könnenden oder theils auch nicht anerkennen wollenden Leuten, welche jede Maßnahme einer Zentralleitung, und wenn sie noch so nützlich und nothwendig ist, einfach als Diktatur bezeichnen, — den Verbandsvorstand nur als einen „Automaten" betrachten, als eine Maschine ohne Empfindung, ohne Wille, ohne Recht. Er soll alles thun, aber auch alles auf sich abladen lassen. Da sagt sehr richtig Kollege W.: „Viel besser ist es, Jemand vor den Kopf stoßen, als unserer Gemeinschaft Schaden anthun lassen. Die anders denken, die in dem Vorstand nichts erblicken, als ein Vollzugsorgan ohne eigenen Willen und funktionirend gleich einer Maschine, die drücken ihn herab auf ein Niveau, auf das man sonst nur Bediente zu stellen pflegt." Das mögen sich diejenigen hinter die Ohren schreiben, die es angeht. — Wir halten uns nicht dafür an unsere Posten gestellt, um „nur ein Amt und keine Meinung" zu haben, sondern sind der Ansicht, daß es unsere Aufgabe ist, nach jeder Seite hin das Wohl der Organisation und jedes seiner Mitglieder im Auge zu behalten und dementsprechend zu handeln. Wenn sich durch unsere dahin zielende Thätigkeit Jemand vor den Kopf gestoßen fühlt, so kann und darf uns das in der Arbeit nicht beirren. So haben wir seither gehandelt, so werden wir weiterfahren, so lange uns der Verband sein Vertrauen schenkt. Wo es nöthig erscheint, treten wir heraus aus der Zurückhaltung, aber selbst bei nicht öffentlicher Aeußerung dürfen die Mitglieder sicher sein, daß wir nie unterlassen: Theil zu nehmen an Allem, was unsere Gemeinschaft bewegt.

Und deswegen scheuen wir uns auch nicht, jederzeit Rechenschaft abzulegen über unsere Thätigkeit. Der angenommene Antrag Frankfurt, das vor der Urabstimmung zu thun, tritt nun erst mit 1. Juli in Kraft und gilt für nächste Urabstimmung, wir würden aber selbst ohne diesen Antrag uns hierzu verpflichtet gefühlt haben, da ja auch bei allen Verbandstagen ein ausführlicher Bericht gegeben wurde. Selbst in kürzeren Zwischenräumen nehmen wir eine solche Verpflichtung auf uns, wenn man den die Arbeiten besorgenden Personen die hierzu nöthige Zeit giebt. Will man Anforderungen an die amtirenden Personen stellen, welche nur von einem Verbandsbureau ausgeführt werden können, das die entsprechende Anzahl Arbeitskräfte hat, dann weiche man ab von der in unserem Verbande von jeher geübten Praxis: an den Ausgaben bis zum Aeußersten zu sparen, aber möglichst viel Arbeit geleistet zu bekommen!

Nachdem Kollege Wittrisch so freundlich war, uns anzuzapfen, damit wir unsere Passivität verlieren und frisch von der Leber sprechen sollen, so haben wir unsere Ansichten, Wahrnehmungen und Erfahrungen soweit als thunlich in wohl genügender Offenheit den Mitgliedern dargelegt. Unsere Antwort wird gewiß als in ruhiger Weise gegeben anzusehen sein. Möge der Verband, dessen Interessen wir jederzeit vertreten, Nutzen aus den beiderseitigen Ausführungen ziehen.

Stuttgart. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Luzern. Das Ziel unserer Reise ist erreicht. Pilatus, Bürgenstock, Arenstein, Rigi und wie sie alle heißen, diese grauen Häupter und Zeugen heldenmüthiger Freiheitskämpfe grüßen zu uns herüber. Wir neigen ehrerbietig unser Haupt in stummer Andacht vor dir, du herrliche Allmutter Natur. Fischlein im See winkt munter ein freundlich Willkommen! Nur „Jupiter pluvius" schielt mit dem linken Auge nach uns, ärgerlich über die Frechheit der Proletarier, heute gerade die „Leuchtenstadt" als den Ort zahlreicher Arbeiterkongresse auszusuchen. Sonst der Sammelpunkt der goldenen Internationale, blasirter Allerweltsschwärmer und patentirter Tagediebe: öffnete heute sein gastlich Thor auch den kummergebeugten, zum Theil auch im Kampfe ergrauten Vertretern des organisirten Proletariats der Schweiz. Ein Kränzlein unserer Sektion Luzern, die es verstanden für unser leibliches Wohl vortrefflich zu sorgen, denn nicht alle, die hierher kommen, fanden für theueres Geld das Gleiche. Luzerns Pflaster ist sehr „kostbar", unsere mageren Börsen stunden eine Höllenangst aus in den dunklen Hosentaschen. Und einige Stationen heimwärts, bei der Revue über die „letzten Mohikaner" entfuhr uns noch mancher Stoßseufzer über „theuere" Andenken.

Die Verbandskonferenz hielt getreulich, was sie versprochen. In würdigem Ernst, sachlich, ruhig wurde die Lage des Verbandes erörtert. Mancher der gefaßten Beschlüsse enthält die Keime späterer Entwicklung, bei sorgsamer Pflege reichliche Früchte. — Einmüthiges Festhalten an der Organisation, fester Wille zum Ausbau derselben, muthiger Blick in die Zukunft, nächster Kurs „Vorwärts" sind die Eindrücke, die wir mit heimgenommen. Mehr darf ich nicht verrathen und verweise auf das demnächst erscheinende Protokoll.

Zu gleicher Zeit tagte der schweizerische Gewerkschaftskongreß, zu dem wir auch delegirt waren. Dieser hat sich hauptsächlich ein neues Kleid zugeschnitten (Statuten). Unser Wunsch ist, daß die Räthe festhalten mögen und die schweizerische Arbeiterschaft einen starken Rückhalt an ihm finde. Unsere Pflicht haben wir ernst genommen. Von 30 Stunden Anwesenheit in Luzern (essen und schlafen inbegriffen) wurden 16 der strengen Geistesarbeit gewidmet, möge sie zum Wohle der Organisation geopfert sein. Das Begrüßungsschreiben des deutschen Verbandsvorsitzenden hat uns sehr erfreut, es mahnte an die Devise „Proletarier aller Länder vereiniget Euch"! Unsern besten Dank für diese kollegiale Aufmerksamkeit. Die Zeit flog rasch, wir mußten den Heimweg antreten. Ein Händedruck — ein Gruß — und fort waren sie, die lieben Freunde, gleichen Herzens, gleichen Willens. Auf Wiedersehen Luzerner! Adio „du himmelblauer See"! C. W Bern.

Rundschau.

* Bei Gelegenheit der Ende Januar d. J. in Ottensen in der Papierwaarenfabrik von Lehmann & Hildebrandt ausgebrochenen Differenzen zwischen den Fabrikinhabern und einigen ihrer Arbeiter, hatte der Bevollmächtigte der Hamburger Mitgliedschaft unseres Verbandes, Kollege Kammann, an die Firma ein Schreiben gerichtet, worin er um Bewilligung der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen gebeten. Bei Nichtbewilligung würde der Arbeitsnachweis der Gehilfen fernerhin die Vermittlung von Arbeitskräften für die Firma nicht mehr übernehmen können und stände auch die Verhängung der Sperre in Aussicht. Wegen dieser Handlung wurde Strafklage von Lehmann & Hildebrandt gegen Kammann erhoben und derselbe auch vom Landgericht zu Altona kürzlich zu einer Woche Gefängniß verurtheilt, weil sich derselbe durch den Inhalt seines Schreibens eines Erpressungsversuchs schuldig gemacht habe. Der Verurtheilte hat hiergegen Revision beim Reichsgericht eingelegt.

* Der in der Nummer 22 der „Buchbinder-Zeitung" enthaltene Versammlungsbericht des Fachvereins in Leipzig giebt der vom Verein Leipziger Buchdrucker herausgegebenen „Reform" Anlaß zu folgender Bemerkung:

„Unsere Schwäger, die Buchbinder, fühlen wieder einmal das Bedürfniß, sich zu blamiren. Dies Vergnügen soll ihnen nicht verwehrt werden, nur verlangen wir, daß sie dabei uns Buchdrucker aus dem Spiele lassen. Nach einem Bericht in der „Buchbinder-Zeitung" hat nämlich am 18. Mai der hiesige Fachverein der Buchbinder eine Versammlung abgehalten, in der der Referent, ein gewisser Herr Schlegel aus Dresden, seines Zeichens gleichfalls ein Buchbinder, bei Behandlung des Themas: „Die Zukunft unserer Berufsorganisation", die Chancen der Zentral- und der Lokalorganisation erwog. Bei der Gelegenheit verstieg er sich zu dem „salomonischen" Ausspruch: „so glänzend hineinfallen, wie die Buchdrucker, kann auch nur eine Zentralorganisation!" Gemeint war der Ausfall unseres Neunstundenkampfes. Was soll man zu einer solchen Aeußerung sagen? Wenn sie nicht von einer grenzenlosen Dummheit und Bornirtheit zeugte, würden wir auf die Verbindungen unserer Prinzipale bei und vor dem Streik hinweisen, denen nur lediglich durch ein verständnißinniges Zusammenarbeiten aller zentralorganisirten Gehilfenverbände in Zukunft zu begegnen ist, und weshalb wir Buchdrucker ja auch dieses Zusammenarbeiten durch internationale Abmachungen zu fördern eifrigst bemüht sind. Aber einer Person und dessen Anhang, die durch den Buchdruckerstreik nicht einmal gelernt haben, daß ein Lokalorganisationchen nicht mehr wie eine große Null in den wirthschaftlichen Kämpfen der Gegenwart bedeutet, plausibel zu machen, daß, wenn die Buchdrucker nach dem Muster des hiesigen Fachvereins der Buchbinder oder des hiesigen Rollmopsklubs, der ebenfalls eine Lokalorganisation repräsentirt, organisirt gewesen, sie nie und nimmer in die Lage gekommen wären, an einen derartigen Kampf, wie sie ihn um die verkürzte Arbeitszeit geführt haben, auch nur zu denken, ist sehr schwer. Unsere lieben Schwäger würden, soweit sie Anhänger der Lokalorganisation sind, gut daran thun, sich an ihrem Wirken einmal zu prüfen und die Verhältnisse in ihren Werkstätten mit denjenigen der seit einem Menschenalter zentralorganisirten Buchdrucker zu vergleichen, dann werden sie bei einigermaßen Objektivität und Logik den Werth einer straffen Zentralorganisation gewahr werden: denn an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!"

Wünschenswerth wäre es gewesen, daß die „Reform" die Einleitung ihrer Bemerkungen nicht so allgemein auf die Buchbinder angewendet hätte, denn es war nur ein kleiner Theil, welcher den Ausführungen des Herrn Schlegel beistimmte.

* Wie schädlich die Trennung der Arbeiter eines Berufes in lokal und zentral Organisirte bei Lohnkämpfen werden kann, zeigt sich aus folgendem Bericht, welchen die „Leipziger Volkszeitung" aus Nürnberg unterm 25. Mai erhielt: „Der unglückselige Kampf zwischen Zentral- und Lokalorganisation im Baugewerbe, speziell unter den Maurern, wie er seit einer Reihe von Jahren von Berlin aus, immer wieder angefacht durch einige wenige Personen, die unter dem Deckmantel der „Lokalorganisation" im Trüben fischen oder wenigstens fischen wollen, betrieben wird, hat hier soeben zu einer bedauerlichen Niederlage einer durchaus berechtigten Arbeiterbewegung geführt. Die Maurer und Steinhauer, die hier mit zu den wenigst gut bezahlten Arbeitern gehören und die nicht blos unter der Konkurrenz böhmischer Lohndrücker, sondern auch unter der der „Landeiner", d. h. der aus den umliegenden Bauerndörfern Morgens kommenden und Abends abziehenden Scharwerker arg zu leiden haben, waren in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangten einen Minimallohn von 38 Pfennig pro Stunde, endliche ernsthafte Durchführung des längst bewilligten Zehnstundentages auf allen Baustellen, Entschädigung der Ueberstunden mit 25 Prozent, anderthalbstündige Mittagspause und Feierabend um 4 Uhr Nachmittags an den Tagen vor hohen Festtagen. Die Innungsprotzen, die überall die gleichen sind und sich, wenn sie irgend Erfolg für ihren Widerstand voraussehen, jeglicher, noch so gerechtfertigten Arbeiterforderung bockbeinig widersetzen, lehnten diese Forderungen rundweg ab. Einige behaupteten, sie bezahlten bereits die Mindestforderung, einige gewährten den Zuschlag für die Ueberstunden, im Uebrigen gingen sie auf nichts ein. Eine Anzahl von Nichtinnungsmeistern, die aber nur verhältnißmäßig wenige Arbeiter beschäftigen, genehmigten die Forderungen.

Es kam zu einer Reihe partieller Streiks, schließlich zum „Generalstreik", an dem sich aber nur knapp der dritte Theil der in Arbeit stehenden Leute betheiligte. Daß letzteres möglich war, ist hauptsächlich der Uneinigkeit der Organisationen geschuldet. Lokalverein und Zentralverein standen sich, soweit die Führer in Betracht kamen, wie Hund und Katze gegenüber; gegenseitiges Schimpfen sollte die Brüderlichkeit besiegeln und zum Kampfe stärken. Die Vorstände des Lokalvereins sorgten für sich und thaten so gut wie nichts für die Streikenden, allerdings aus dem sehr guten Grunde, weil in der Kasse gähnende Ebbe; die Angehörigen des Zentralverbandes standen mit nicht viel höher flammender Liebe den Lokalvereinlern gegenüber. Den Unternehmern war dieser Zustand aufs Genaueste bekannt und sie steiften sich darauf. Und so ging denn der Streik, trotz verhältnißmäßig günstiger Konjunktur — das Baugeschäft geht ziemlich flott und Zuzug von auswärts kam sehr wenig — in Folge der inneren Uneinigkeit verloren. Genosse Staninger aus Hamburg, der gestern in einer außerordentlich schwach besuchten Versammlung sprach, konnte nichts mehr retten, sondern nur den Thatbestand konstatiren. Die Versammlung beschloß, daß der Lokalverein aufzulösen sei und die Mitglieder sich dem Zentralverband anzuschließen haben. Ob das Solidaritätsgefühl über den Egoismus und die Kirchthumsbornirtheit siegen wird, bleibt abzuwarten. Einige Vortheile und kleine Lohnaufbesserungen in vielen Werkstätten sind ja errungen, der Hauptvortheil wäre, wenn der verkrachte Streik die Einigung der Organisationen und die Ausmerzung der Stänker und Privatprofitmichel herbeiführen würde.

Der Streik der Maler, welche den Neunstundentag erstreben, ist durch den verunglückten Maurerstreik wohl auch als mißglückt anzusehen; die Organisation der Maler ist noch jung, und es kommen vielfach dieselben Arbeitgeber in Betracht, wie bei den Maurern und Steinhauern."

Literarisches.

„Die Neue Zeit", Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag), erscheint in wöchentlichen Heften à 20 Pfg. (pro Quartal 2,50 Mk.) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zu beziehen. Erschienen ist Heft 37.

„Der Sozialdemokrat", Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuth-Straße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsspediteure. Das Abonnement beträgt pro Quartal 1,20 Mk., unter Kreuzband 1,80 Mk. Erschienen ist Nr. 23.

„Soziale Praxis", Zentralblatt für Sozialpolitik. Zugleich Organ des Verbandes deutscher Gewerbegerichte. (Herausgeber Dr. J. Jastrow, Verlag von Carl Heymann, Berlin W., Mauerstraße 44.) Erscheint jeden Montag. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Erschienen ist Nr. 37.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns Nr. 12 des 5. Jahrgangs zugegangen. — Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. — Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

Fragekasten.

Wie bereitet man eine gute und billige Hektographenmasse? Frkt.

Antwort: Um eine gute Hektographenmasse zu bekommen, ist Folgendes zu beachten:

Zu einem Kilogramm Masse sind 200 Gramm Kölnerleim, 400 Gramm Wasser und 700 Gramm Glycerin nöthig. Der Leim wird in kleine Stücke zerschlagen, einen Tag in dem Wasser geweicht und dann die Mischung mit dem Glycerin versetzt. Hierauf wird unter langsamem Rühren mit einem Glasstabe die Masse im Dampfbade auf ein Kilogramm abgedampft.

Abänderungen im Adressenverzeichniß.

Abänderung im Verzeichniß der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Erfurt. Z. Carl Pfeffer, Augustinerstr. 40; von 12—1½ und 6—7 Uhr.

Aufruf!

Der Verlag von M. Ernst, München, beabsichtigt eine

Gesammt-Ausgabe der Schriften Wilhelm Weitlings

zu veranstalten. Herausgegeben und mit einer historisch-biographischen Einleitung versehen von Dr. E. Hugo.

Um dieselbe zu einer möglichst vollständigen, das gesammte Wirken und Schaffen Weitlings umfassenden zu machen, richtet der Verlag an alle Genossen, welche im Besitz von Briefen, Flugblättern, Broschüren, Zeitungen ꝛc. sind, welche entweder von Weitlings Hand selbst herrühren, oder sich mit dessen Person in irgend welcher Weise befassen, die Bitte um gütige Ueberlassung des betreffenden Materials für kurze Zeit. Die Sendungen — wo möglich eingeschrieben — sind zu adressiren:

An M. Ernst, Verlag, München.

Der Verlag verbürgt für sicheren und unbeschädigten Wiedererhalt, sobald die Abschrift oder die nothwendige Notiz genommen ist. Das ausgelegte Porto wird bei der Rücksendung beigelegt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

M. Ernst, Verlag, München.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- u. Begräbnißkasse der Buchbinder u. verw. Geschäftszweige.

259] [2.30

Verwaltungsstelle Leipzig.

Am 28. Mai verstarb unser Mitglied

Otto Pabst aus Neuschönefeld,

33 Jahre alt.

Am 29. Mai verstarb unser Mitglied

Oswald Eckhard aus Grimma,

33 Jahre alt.

Am 7. Juni verstarb unser Mitglied

Paul Fritzsche aus Leipzig,

39 Jahre alt.

Die Ortsverwaltung.

Mitgliedschaft Stuttgart.

Samstag den 15. Juni, Abends ½9 Uhr

Versammlung

im Gasthof zum **„Hirsch"**, großer Saal.

260] Tagesordnung: [1.90

1. Vortrag von Genosse Kömpf über das Thema: Gold- und Silberwährung.
2. Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge der weiblichen Mitglieder.
3. Wie stellen wir uns zu der Korrespondenz von Leipzig in Nr. 22 der Zeitung.
4. Fragekasten. — Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

NB. Die Versammlung beginnt präzise ½9 Uhr.

Mitgliedschaft Hamburg.

Sonnabend den 22. Juni, Abends 8½ Uhr, bei Herrn Thomé, Kohlhöfen 16 I

Mitglieder-Versammlung.

261] Tagesordnung: [1.20

1. Unsere Lohnfrage.
2. Bericht vom Gewerkschaftskartell.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Mitgliedschaft Berlin.

Mitglieder-Versammlung Montag den 24. Juni, Abends 8½ Uhr, in Schmiedel's Festsäle, Alte Jakobstraße 32. Der Arbeitsnachweis befindet sich Annenstraße 16, Hof p. Geschäftsstunden: Für Arbeiter von 12—1 und 8—9, für Arbeiterinnen von 7—8 Uhr Abends. Sonntags für beide Geschlechter von 10 bis 11½ Uhr Vormittags.

262] [1.10 **Der Vorstand.**

Mitgliedschaft Hamburg.

Sonntag den 23. Juni, in **Hamers Etablissement (Wandsbeck)**

Grosses Sommervergnügen,

bestehend in Tanz, Preiskegeln für Herren, Damen- und Kinderbelustigungen.

Abends 9 Uhr: **Grosse Laternen-Polonaise** durch den prachtvollen parkartigen Garten.

Anfang 8 Uhr.

Alle Kollegen ladet zu diesem Feste ein 263] [3.20

Das Komite.

Fachverein Leipzig.

264] **(Arbeiter u. Arbeiterinnen.)** [3.20

Sonnabend den 15. Juni, Abends ½9 Uhr

Vereinsversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag von Herrn E. Grenz.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Guten Besuch erwartet

Der Vorstand.

Sonnabend den 20. Juli c., Abends ½9 Uhr, im Restaurant „Stadt Hannover", Seeburgstr.

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht, Kassenbericht, Bericht des Bibliothekars und des Arbeitsnachweises.
2. Anträge.
3. Verschiedenes.

Anträge, welche das Statut betreffen, müssen laut Statut **8 Tage vor** der Generalversammlung beim Vorstande eingereicht werden.

Eintritt **nur** gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Der Vorstand.

Ein zuverlässiger

Beschneider,

mit der **Drei-Seiten-Beschneidemaschine** vollständig vertraut, findet gutlohnende Stellung.

Buchbinderei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart.

265] [2.20

Handvergolde-Unterricht etc. etc.

266] von [2.20

Rudolf Ortmayer,

München, Karlsplatz 14.

Prospekt gratis.

Aelteste und so auch die erste Vergolde-Schule Münchens.

Leipzig.

Sonnabend den 22. Juni, Abends ½9 Uhr, im „Universitätskeller", Ritterstr. 7 I

Oeffentliche Versammlung

der Einzelmitglieder des Buchbinder-Verbandes.

267] Tagesordnung: [1.50

1. Kultur vor dreitausend Jahren.
2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches.

Der Einberufer.

Sichere Existenz.

Papiergeschäft mit kleiner Buchbinderei in **Berlin,** in belebter Straße neben Doppelschule, guter Komptoirkundschaft und ohne Konkurrenz, ist Umstände halber, da sofort, sehr billig zu verkaufen. Näheres durch 268] [2.00

E. Neumann. Buchbinderei,

Berlin, Belle-Alliancestraße 86.

Stadt Hannover, Leipzig, Seeburgstrasse.

Empfehle 269]

Guten bürgerlichen **Mittagstisch** zu . 40 Pf.
Allabendlich **frischen Stamm** von . . 30 Pf. an.
Echt Culmbacher, à Glas . . . . 15 Pf.
ff. Crostitzer Lagerbier, 2 Glas . . 25 Pf.
Gesellschaftszimmer, kleiner Saal zu Versammlungen. [2.20

Hochachtungsvoll **W. Spless.**

Lehranstalt

für **Hand- & Pressvergoldung etc.**

Ausbildung in allen Fächern der Buchbinderei. Prospekt d. gen.

A. Kullmann, Glauchau (Sachsen).

[271

Verbands-Versammlungs-Kalender.

Ort	Lokal	Versammlungstag	Beginn
Altenburg	„Goldenen Löwen", Pauritzergasse	26. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Altona	Bei J. Bock, Bürgerstraße 32	Am 2. und letzten Sonnabend im Monat	½9 Uhr
Augsburg	Restaurant Leiner am Perlachberg	22. Juni (alle 14 Tage)	8 Uhr
Berlin	Schmiedel's Festsäle, Alte Jakobstr. 32	24. Juni	8½ Uhr
Bielefeld	Gasthof z. „Stadt Frankfurt", Ritterstr.	Sonnabend vor dem 1. u. 15. des Monats	½9 Uhr
Braunschweig	„Bayerischer Hof", Oeblschlägern 40	Am 2. und 4. Sonnabend im Monat	9 Uhr
Bremen	Gasthaus Wegener, Langenstraße 100	Am 1. und 3. Sonnabend im Monat	9 Uhr
Breslau	Hotel drei Bergen, Büttnerstr. 33, H. r. I	Jeden Sonnabend	8 Uhr
Darmstadt	„Stadt Mannheim", Schloßstr. 27	22. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Dortmund	Gasthof Brinkmann, Westenhellweg 111	22. Juni (alle 14 Tage)	9 Uhr
Dresden	„Boulevard", an der Kreuzkirche	Jeden Sonnabend	9 Uhr
Düsseldorf	Restauration Kornweibel, Breitestr. 15	Jeden Samstag	9 Uhr
Elberfeld	Bei Witwe Strieder, Neumarktstraße	15. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Erfurt	Restaurant „Zum Krokodil", Eichengasse	21. Juni (alle 14 Tage)	
Erlangen	„Zum Fuchsen", Theaterplatz		8 Uhr
Flensburg	Gasthof „zur Börse", Große Straße 65	Am 1. Sonnabend im Monat	8½ Uhr
Frankfurt a. M.	Restauration Böhrer, Steingasse 19	Am 1. und 3. Samstag im Monat	½9 Uhr
Frankfurt a. d. O.	Restaur. Petruschke, Oderstr., am Markt	Am Sonnabend nach d. 1. u. 15. d. M.	8½ Uhr
Freiburg i. B.	Gasthaus „zum Bären", Oberlinden	15. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Fürth	Restaurant Zick, Wassergasse	Am zweiten Samstag im Monat	8½ Uhr
Glogau	Restaurant Rosenberg, Mühlstraße 6	Am zweiten Sonnabend im Monat	8½ Uhr
Göttingen	„Zur Kaiserhalle", Weenderstraße 28	Am 2. u. letzten Sonnabend im Monat	8½ Uhr
Hagen i. W.	Bei Kappe, am Markt	Am 1. und 3. Samstag im Monat	9 Uhr
Halle a. S.	Pschorr-Bräu, Sternstraße 1	Am 1. und 3. Sonnabend im Monat	8½ Uhr
Hamburg	Bei Thomé, Kohlhöfen 16	Am 2. und 4. Sonnabend im Monat	9 Uhr
Hannover	Restauration Bolte, Neue Straße 27	Am 1. Sonnabend nach d. 1. u. 15. d. M.	8½ Uhr
Kaiserslautern	Zum „Bären", Ecke Bleich- u. Moltkestr.	15. Juni (alle 14 Tage)	8½ Uhr
Karlsruhe	Restaurant „zur Blume", Zirkel 28	17. Juni (alle 14 Tage)	8 Uhr
Kiel	Ahrens, Zentralherberge, Alte Reihe 8	21. Juni (alle 14 Tage)	9 Uhr
Köln	Bei W. Moll, Thebolbsgasse 146	21. Juni (alle 14 Tage)	9 Uhr
Konstanz	Restaur. Kratzer, Salmannsweilergasse	15. Juni (alle 14 Tage)	8 Uhr
Lahr (Baden)	Brauerei Erb, Friedrichstraße	15. Juni (alle 14 Tage)	½8 Uhr
Leipzig	„Universitätskeller", Ritterstraße 7	Am 2. und 4. Sonnabend im Monat	½9 Uhr
Liegnitz	Gasthof z. „Goldenen Anker", Bäckerstr.	15. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Lübeck	„Berliner Hof", Fünfhausen 19	Sonnabend nach dem 1. und 15. d. M.	9 Uhr
Magdeburg	Richards Restaurant, Katzensprung 8 u. 9	15. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Mainz	Gasthaus „Union", große Langgasse	Am ersten Samstag im Monat	8½ Uhr
Mannheim	„Freiburger Hof," S 2, Nr. 8	Am 2. und 4. Samstag im Monat	½9 Uhr
München	Cafe Winter (fr. Bucher) Prielmayerstr.	15. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Nürnberg	Restaurant Bauer, Schlottergasse	23. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Offenbach a. M.	Gasthaus „zum Lindenbaum"	17. Juni (alle 14 Tage)	9 Uhr
Oldenburg	Wahnbeck's Hotel	Am letzten Sonnabend im Monat	½9 Uhr
Pforzheim	Brauerei Hof, Lammstraße	Am 2. und 4. Samstag im Monat	½9 Uhr
Ruhrort	Bei Wwe. Bresser in Duisburg, Kuhstr.		3 Uhr
Stettin	Rest. Boorts, vorm. Däge, Breitestr. 11	6. Juli	9 Uhr
Stuttgart	Gasthof zum „Hirsch", Hirschstr. 14	15. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr
Weimar	Großkopfs Restaurant, Breitenstr.	21. Juni (alle 14 Tage)	½9 Uhr

Herausgegeben vom Verband durch A. Dietrich, Stuttgart. — Verantwortlicher Redakteur: A. Dietrich, Heusteigstr. 30. — Druck von J. H. W. Dietz in Stuttgart.